

Aufgaben der Gebietskörperschaften, die gemeinsam besser gelöst werden können. Diese Einsicht führte schon im Jahre 1920 zur Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk.

Wichtigstes Ziel der Ruhrgebietsreform ist es, die kommunale Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet der überörtlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Verkehrswesen, Ver- und Entsorgung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Sport und Freizeit, Sozialwesen zu fördern und zu stärken. Diese Aufgaben werden am zweckmäßigsten von einem das gesamte Ruhrgebiet umfassenden Kommunalverband gelöst, der als eine Weiterentwicklung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk denkbar wäre.

Von diesen überörtlichen kommunalen Aufgaben scharf zu trennen sind die Aufgaben der staatlichen Mittelinstanz (Regierungsbezirke). Dabei sind Grenzziehungen von sekundärer Bedeutung, weil die Regierungspräsidenten als Vertreter der Landesregierung deren Weisungen einheitlich auszuführen haben.

FDP: Lösung „Städteverbände“

Die FDP-Landtagsfraktion sieht die Zukunft des Ruhrgebietes folgendermaßen: Zuständig sollten zwei Regierungspräsidenten sein. Die Abgrenzung der Bezirke müßte im Zusammenhang mit der Entwicklung endgültiger Vorstellungen über die kommunale Gliederung dieses Gebietes geschehen.

Der Ruhrsiedlungsverband sollte aufgelöst und an seine Stelle 6 Städteverbände gesetzt werden, wobei diese Zahl jedoch kein Dogma ist. Die Städteverbände dürfen allerdings nur kommunale aber keine staatlichen Aufgaben wahrnehmen.

Es kommt darauf an, das Ruhrgebiet mit seiner überragenden Bedeutung für das ganze Land verwaltungsorganisatorisch nicht zu isolieren. Es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß dieses große städtische Verflechtungs- und Wirtschaftsgebiet eng mit den Randzonen verbunden wird.

Die Verhältnisse haben sich seit der Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk im Jahre 1920 grundlegend gewandelt. Es stellt sich die Frage, ob heute noch von einer Einheit des Ruhrgebiets gesprochen werden kann. Gibt es heute tatsächlich noch das Revier? Es besteht deshalb auch keine Veranlassung, einen kommunalen Verband zu erhalten oder zu gründen, der für dieses ganze Gebiet zuständig sein soll. Die Entbehrlichkeit eines Kommunalverbandes für das ganze Ruhrgebiet folgert auch daraus, daß es sich vornehmlich um innerstädtische und nicht regionale Aufgaben handelt, die einer Koordinierung und Kooperation bedürfen.

Die Zersplitterung des Ruhrgebietes in unterschiedlich strukturierte Städte und Gemeinden läßt es geboten erscheinen — orientiert an den großen Oberzentren — Städte und Gemeinden in Zweckverbänden teilräumlich zusammenzufassen. Diese Städteverbände könnten u. a. etwa folgende Aufgaben übertragen bekommen: Ver- und Entsorgung, Flächennutzungsplanung, Nahverkehr, Industrieansiedlung, Sport- und Erholungszentren. Die FDP ist der Auffassung, daß eine derartige Lösung eine optimale Struktur des Ruhrgebietes schaffen würde.

Porträt

Als der greise westfälische Oberpräsident Johannes Gronowski in dem ersten Nachkriegsjahr durch das Münsterland zog und die heimgekehrten Soldaten mit brüchiger Stimme aufforderte, sich trotz aller Enttäuschungen noch einmal für die Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen, da fühlte er sich angesprochen. Er, das war der damals 24-jährige ehemalige Fallschirmjägeroffizier, Franz Riehemann. Ohne viel Aufhebens von sich zu machen, wollte er mittragen helfen beim Wiederaufbau, so wie er einst am Monte Cassino seinen verwundeten Kriegskameraden Conrad Ahlers, ohne auf eigene Gefahr zu achten, aus der Feuerzone getragen hatte.

Ein Vierteljahrhundert später sitzen sie manchmal in Bonn für einige Stunden zusammen, die beiden früheren Fallschirmjäger. Ahlers, heute Staatssekretär und Bonner Regierungssprecher, und Riehemann, Vorsitzender des parlamentarischen Rechnungsprüfungsausschusses in Düsseldorf. Nach Kriegsende sind sie verschiedene Wege gegangen, der Journalist und der Hotelier, der Sozialdemokrat und der Christliche Demokrat. Das mag auch an ihren unterschiedlichen Temperamenten liegen. Aber sie fühlen sich beide der gleichen Staatsform verpflichtet, von der sie aus eigener Erfahrung wissen, daß sie zu den schwierigsten gehört.

Riehemann hat sich nicht nach dem Landtag gedrängt. Die Sorge um seine Familie, um den Hotelbetrieb, der zunächst von der Besatzungsmacht beschlagnahmt war, um das Gaststätten- und Hotelgewerbe, um den Nachwuchs an Köchen und Kellnern und um den Heimatverein Borghorst, füllten ihn aus. Aber er hat sich auch nicht geziert, als man ihn, den damals politischen Außenseiter, dazu drängte, sich für die Landtagswahl als Direktkandidat aufstellen zu lassen. Mit einer Rückendeckung von weit über 60 Prozent der Wahlkreisstimmen, die er 1966 auf sich vereinigen und 1970 noch einmal steigern konnte, hat er auch im Landtag sein Licht nicht unter den Scheffel gestellt. Er gehört zwar zu den Stillen im Parlament, aber nicht zu den Stummen und schon gar nicht zu den Hinter-



Franz Riehemann (CDU),
Vorsitzender
des Rechnungsprüfungsausschusses

bänkern. Der einzige Hotelier unter den fast tausend Abgeordneten der sieben Wahlperioden, interessierte sich von Anfang an für den sonst nicht sonderlich begehrten Rechnungsprüfungsausschuß des Parlaments.

Heute ist er Vorsitzender dieses Ausschusses, ein bedachtsamer, aber auch energischer Vorsitzender. Die Ministerialbürokratie hat es gerade in den letzten Wochen zu spüren bekommen. Riehemann, und darin ist er sich mit den übrigen Ausschußmitgliedern aller drei Fraktionen einig, versucht das parlamentarische Kontrollrecht stärker als bisher sichtbar werden zu lassen. „Nur den Zeigefinger erheben, langt nicht“, kommentiert er diese Bemühungen. Wer ihn kennt, weiß, daß er es ernst damit meint.

Indes ein Freiberufler wie er hat es nicht leicht, Politiker zu bleiben. Für ihn ist das Landtagsmandat kein finanzieller Anreiz. Er muß die Kräfte aus eigener Tasche bezahlen, die seine Arbeit übernehmen, wenn er in Düsseldorf den Abgeordnetenpflichten nachgeht. „Hätte ich nicht eine tüchtige Frau und einen Oberkellner, der seit 32 Jahren im Betrieb ist, dann müßte ich aus beruflichen Gründen mein Mandat zurückgeben.“ Das klingt aus seinem Munde ehrlich und überzeugend, ebenso wie sein Bemühen, Angehörige seines Berufes und anderer Freiberufe davon zu überzeugen, daß auch sie sich für politische Verantwortung zur Verfügung stellen sollten. Karl Fischer